

**Ergebnis der Wahl**  
am 20. Juni 1909  
für die Reichstagswahl  
am 20. Juni 1909

**Wahlkreis Halle a. S.**  
Gewinnung der Stimmen  
1. Sozialdemokratische Partei  
2. Liberale Partei  
3. Christlich-sozialistische Partei  
4. Nationalliberale Partei  
5. Deutsche Volkspartei  
6. Deutsche Arbeiterpartei  
7. Deutsche Bauernpartei  
8. Deutsche Gewerkschaften  
9. Deutsche Handwerkerpartei  
10. Deutsche Kaufmannschaft  
11. Deutsche Lehrerpartei  
12. Deutsche Künstlerpartei  
13. Deutsche Journalistenpartei  
14. Deutsche Schriftstellerpartei  
15. Deutsche Musikerspartei  
16. Deutsche Theaterpartei  
17. Deutsche Schauspielerpartei  
18. Deutsche Bühnenpartei  
19. Deutsche Operpartei  
20. Deutsche Ballettpartei



**Infektionsgebühr**  
betragt für die Infektionsgebühren  
betragt für die Infektionsgebühren  
betragt für die Infektionsgebühren

**Infekte**  
für die Infekte  
für die Infekte  
für die Infekte

**Eintragung in die**  
Polsterrangliste

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburger-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißfels-Beth, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
und die Mansfelder Kreise. Redaktion: Harz 42/43.

**Verfärbung der Reichskrise.**

Die schwarze Mehrheit manövriert ungenügend vorwärts, die Regierung nicht bis zum letzten Grad. Wieder heute als moegen möchte sie den Frieden. Aber die Junter wollen nichts von Frieden wissen, sie begnügen sich nicht mit einer Unterwerfung, die dem Gegner noch einen letzten Schein von Würde läßt, sondern arbeiten an seiner physischen und moralischen Vernichtung. Räume der Reichskriegler den Kampf auf, denn er bisher als vorläufiger Mann aus dem Wege gegangen ist, so kämpfte er um sein eigenes Leben.

Die Finanzkommission hat am Dienstag die Erbschaftsteuer mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt und wenige Stunden später hat das Plenum des Reichstags in namentlicher Abstimmung den grundsätzlichen § 1 der von der Regierung heftig bekämpften Erbschaftsteuer mit 208 gegen 155 Stimmen bei einer Stimmentzählung angenommen. Nun ist allerdings keine dieser beiden Abstimmungen eine endgültige: die unter Geschäftsordnungsbüro gleich in zweiter Lesung angenommene Erbschaftsteuer hat noch eine dritte Lesung zu passieren, für die Erbschaftsteuer liegen noch die zweite und dritte Lesung im Plenum aus. Aber welche Beschreibungen der Situation ist darin auch noch eintreten könnten, so haben doch jene Bestimmungen und die Vorgänge, die ihnen vorausgingen, zwei Leiden erfüllt, an denen nicht mehr zu ändern ist. Der schwarze Major hat eine Majorität geliefert, die Regierung aber hat sich in ihrer selbstgewollten Ohnmacht schimmer erblüht als je zuvor.

Jeden Weten wird ein Rotgewetz in der Verzweiflung aufgeh.

Das Rotgewetz hat einen geübten Reichslangier geworden ist, heißt Reichstagsausgänger. Es gab am Dienstag nicht wenige Leute, die in dem Bombenregen ergriffen, sie wüßten es ganz bestimmt: Am Donnerstag würde der Reichstag aufgelöst!

Wahrscheinlich wird dieses Gericht nur von dienstbestimmten Helfern des Herrn Bülow ausgehrt, die auf diese Weise eine Prellung auf die Rechte ausüben wollen. In einer Situation wie der gegenwärtigen, kann aber ein bloßes Spiel mit einem Gedanken schließlich doch zur vollenbten Tat führen, und was die Regierung heute nur andeutet, ohne es wirklich zu wollen, kann sie morgen wollen müssen. Weil alles im Unge wissen schwebt, heißt es

für alle Fälle bereit sein!

Wie der neue Block arbeiten wird.

Aus Berlin wird uns berichtet: Aus parlamentarischen Kreisen, die durchaus vertraut mit den Plänen der konservativ-liberalen Mehrheit sind, erfahren wir über die Absichten, die sie in bezug auf die Durchführung der Finanzreform fest, folgendes:

Es sollen zunächst einmal bewilligt werden 366 Millionen indirekte Steuern. Von der Kommission sind bisher an solchen bewilligt worden: Steuerer 100 Millionen, Brandsteuer 80 Millionen, Zehnersteuer 40 Millionen, Schaumweinsteuer 5 Millionen, Salz- und Legehühnersteuer 20 Millionen, Walfischsteuer 8 Millionen, Zinshühnersteuer 20 Millionen, Glühkörpersteuer 20 Millionen, zusammen 318 Millionen.

Wie der fehlende Rest aufgebracht werden soll, steht noch nicht fest.

für die sozialdemokratischen Entwürfe entscheiden, weil dadurch die Situation erheblich "verfärbet" würde.

Unter allgemeiner Spannung erließ Jodann der Abgeordnete Dietrich namens der Konserwativen, daß die Erbschaftsteuer Gesetz werden sollte, für die von der Regierung vorgeschlagene Skala als das kleinere Übel hinnehmen werden. Die Konserwativen lassen sich nicht durch taktische Absichten leiten, sie werden ihre Stellung erst dann einnehmen, wenn das Gesetz zur Beratung in das Plenum kommt.

An der weiteren Diskussion beteiligte sich noch der Abgeordnete Genosse Singer, der darauf hinwies, daß das Zentrum anscheinend jetzt eine Schneigetaktik einlösige; im kürzigen trat er den Einwendungen entgegen, die von den anderen Rednern gegen die sozialdemokratischen Entwürfe erhoben worden waren.

Unterbreiten hatte Abgeordneter v. Geydendorn mit dem Abgeordneten Dietrich Rücksprache genommen und letzterer erklärte dann, daß er vermeinen wollte, daß seine erste Erklärung missverstanden würde und er sie deshalb dahin ergänze, daß die Konserwativen nach wie vor im Prinzip Gegner einer jeden Erbschaftsteuer sind. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Änderungsanträge auf § 9 abgelehnt, und der Paragraph schließlich in der Fassung der Regierungsvorlage ebenfalls abgelehnt und zwar mit 14 gegen 14 Stimmen. Dasselbe Resultat ergab sich bei den Abstimmungen über die anderen Absätze der Regierungsvorlage, und nach etwas mehr als dreistündiger Arbeit war die ganze Vorlage der Regierung gatt abgelehnt und die Erbschaftsteuer damit in der Kommission gestanden. Berichterstatter ist der Abgeordnete Kretz, der mündlichen Bericht zu erstatten hat. Die Erbschaftsteuer soll bereits am Donnerstag im Plenum des Reichstags verhandelt werden, und von der Abstimmung über diese Steuer wird es abhängen, welche Schritte Herr Bülow zu unternehmen gedenkt. In den Kreisen der liberalen Fraktionsgemeinschaft rechnet man mit aller Bestimmtheit auf eine Auflösung des Reichstags.

**Politische Uebersicht.**

Halle a. S., 23. Juni 1909.

**Aus dem Reichstage.**

Der von der Finanzkommission festgesetzte Sollensausfall und die Erbschaftsteuer sollen lassen gelassen werden: dagegen wird an der Erbschaftsteuer (abgelehnt). Die Erbschaftsteuer wird auch in der Form der neuen Besteuerungsart abgelehnt. Profieren der zweiten und der dritten Lesung soll dann als Konserwativen an die Regierung die Erbschaftsteuer auf 40 Millionen Ertrag ermäßigt werden, ferner soll eine Erbschaftsteuer - aber lediglich für das mobile Kapital - bewilligt und das dann etwa noch vorhandene Minus an Steuern soll durch eine Grundstückssteuer und Wertzuwachssteuer gedeckt werden.

Die konservativ-liberalen Mehrheit rechnet damit, daß auf diese Weise die im Bülow und der Sozialdemokratischen Verbündeten. Die Entscheidung über die Frage, ob diese Finanzreform nun ohne und gegen Bülow und Eydow Gesetz werden soll, würde dann bei Wilhelm II. liegen.

Dem Bundesrat erwartet die Mehrheit weitgehende Nachgiebigkeit; es wird erzählt, daß Bundesratsmitglieder gesagt haben, der Bundesrat schlaude alles, und wenn es Igel sein.

Die Auffassung, daß der Bundesrat seine Schwierigkeiten gegen neue Steuern machen werde, sie mögen beschaffen sein, wie sie wollen, wird vielfach geteilt; der Berliner Lokalanzeiger behauptet das ausdrücklich, er schreibt:

Der Reichstag hat am Dienstag (siehe auch Leitartikel) die sogenannte Erbschaftsteuer angenommen, über den entscheidenden Absatz erfolgte die Abstimmung namentlich und ergab Annahme mit einer 50 Stimmen-Majorität. Darob großer Jubel beim schwarzen Bantale.

Die Sitzung begann mit der Beratung von Rechnungssachen, deren Wichtigkeit sich auf den wirtschastlichen Krieg bezog. Die für die Reichstags-Schlamperei der Rechnungslage wurde von Genossen Hölle so geübertun geteilt, daß Raadge einen entsetzten Ordnungsruf ausließ.

Und nun wurde mit der Beratung der Erbschaftsteuer fortgefahren. Kergebend redeten sich die Sprecher der bürgerlichen Linien, Dobe, Meber und Rommisen, die Zunge war. Als Rommisen die agrarische Steuererregung erneut beleuchtete, prasselte ein wahrer Sturm aus dem besagten Juraufen auf ihn nieder, von denen "Bereicherung" und "Verdrängung" noch am meisten nach dem Komplementärbuch schmeckten. Dierich Junter belamen komplette Zuchtschüsse, die die Frage aktuell machen, ob sich nicht die Einführung halter Duldigen in die Geschäftsordnung des Reichstags empfiehlt. Einen Heiterkeitserfolg, wie er selten erlebt worden ist, erzielte Kroschke-Kaifer-Kaifer, als er behauptete, daß die Agrarier sogar dann Einkommensteuer gaben, wenn sie kein Einkommen haben.

Der Rest der Beratung der Erbschaftsteuer verlief schnell und ohne Aufregung.

Am Mittwoch kommen die andern Mitglieder der Finanzkommission heran. Bei der Festsetzung der Tagesordnung Lemgenannte Genosse Singer geübend die Veranschlagung der Beratung unserer Interpellation über die Zuerung.

**Das Weggesetz vor dem Herrenhause.**

Das sogenannte Herrenhaus beschäftigt am Dienstag in wenig mehr als einer halben Stunde die Herzoggeheime. Seine Kommission hatte an der zweiten Sitzung des Abgeordnetenhauses so gut wie nichts auszufragen gehabt und sich damit begnügt, die obligatorische für die Wahl der Sicherheitsmänner zu den Arbeiterauschüssen vorgeschriebene Verhältnismaß in eine fakultative zu verwandeln. Die kurze Debatte nahm einen höchst interessanten Verlauf, Generaldebatte nach ein Dr. v. Burgdorff, einer jener allerseits beliebten Konserwativen, denen die ganze moderne Welt ein Gerecht ist. So lag er in der Institution der Sicherheitsmänner, die nach den Beschläßen des Abgeordnetenhauses doch weiter nichts als Werkzeugen in der Hand der Behördenverwaltungen sind, eine geradezu revolutionäre Einrichtung, die den Anfang bedeutet zu dem Versuch der Arbeiter, die Rettung der Betriebe in ihre Hände zu bekommen. Die ganze Rede dieses Herrenhausredner nach ein Beweis dafür, daß in Preußen der Bürgerbewußtsein nicht betrieben wird, und daß Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter fieberhaft, sondern lediglich aus politischen Erwägungen heraus. Man fürchtete, daß sonst die Bergarbeiter in helle Scharen an das Lager der Sozialdemokratie übergehen würden. Der Herr Reichstag nannte das die Seele der Bergarbeiter position und

Das der Bundesrat sich mit der Erbschaftsteuer trotz schwerer Bedenken einlassen dürfte, wird allgemein angenommen, weil ihm schließlich nichts anderes übrig bleiben wird, denn er die Ausführung des Reichstags nicht bezwecken will, wovon indes bisher wenigstens nicht die Rede war."

Die Reichstagsaufsichtung, das einzige Mittel, sich der agrarischen Diktatur zu erwehren, ist jetzt wieder das Stichwort in der Diskussion über die Finanzreform geworden, und selbst in parlamentarischen Kreisen wird der Gedanke recht ernsthaft erörtert. Beide Konserwativen Parteien wollen natürlich von einem Appell an das Volk nichts wissen und beschwören die Regierung, sich fündige Gedanken fähren zu lassen. Anders die Liberalen; sie sind aus dem Block hinausgeworfen, weggebrängt von der "maßgebenden" Mehrheit, und sie hoffen, die Remu-nahen den verlorenen angeblichen Einfluß zurückzuerobern. Deshalb propagieren sie die Reichstagsaufsichtung. Aber der Bundesrat wird so lange nicht wollen, bis er durch die Situation vielleicht dazu gezwungen wird.

**Sitzungsbericht der Finanzkommission.**

Der Vorbericht teilt in der Sitzung am Dienstag mit, daß im Plenum zuerst die direkten und dann die indirekten Steuern verabschiedet werden sollten. Die Beratung beginnt bei § 9, der die Steuerfrage enthält. Die Konserwativen erklären, daß sie dem Gesetze schweren Herzens zustimmen, sie wollen aber, daß in das Gesetz eine Bestimmung hineinkommt, die eine weitere Erhöhung der Steuererläge ausschließt. Abgeordneter Genosse David begründet fobann die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Steuererläge, die bei 1/4 v. D. liegt und bei 20 v. D. endet. Letzterer Steuererlag würde allerdings erst ein-treten bei einem Ertragsfall von 10 Millionen Mark. Weiter beantragen die Sozialdemokraten, daß unethische, von Vater anerkannte Kinder nicht (schleier gestellt werden sollen als ehe-lige. Die Konserwativen haben ebenfalls eine Steuererläge ein-gedacht, die aber nicht so weit geht, wie die sozialdemokratische. Ferner sind sie ebenfalls bereit, daß Konserwativen fähren zu werden, um eine spätere Erhöhung der Erbschaftsteuer zu be-zwecken. Abgeordneter Müller-Bettendorf hält den Ertrag der neuen Erbschaftsteuer für zu gering, kann sich aber doch nicht

Der schamlose Antrag fiel gegen die vier Stimmen der Reichsparteiler und Antikontinentalen. Aber Herr Eydow, der Reichsparteiler des Reichstags, und der Vertreter und Beauftragte des Herrn Bülow, erklärte sich für ihn! Herr Eydow verteidigte die in der Regierungsvorlage enthaltenen ungenügenden Bestimmungen der Geschäftsordnung, die eine Abminderung des Bundesrats durch ein Gesetz zu bewerkstelligen. Herr Eydow erklärte am Schluß, der von Herr v. Camp vorgeschlagenen Bindung könne die Regierung zustimmen. Amers Anstößig Eydow! Amers Anstößig Bülow!

Wer vor den Tünen kriecht, bekommt die Fingerringe, die er verdient. Konserwativen, Zentrum und Polen antworteten auf das schamlose Anwerben der Regierung mit einer scharfen Zurückweisung. Sie lehnten den Antrag Camp und dann das ganze Gesetz ab.

Diesem ersten Schlag folgte am Nachmittag im Plenum der zweite. Obwohl die konservativ-venesse selbst zugegeben hatte, daß die Erbschaftsteuer in der schlechtesten Ausarbeitung, die sie in der Finanzkommission erfahren hatte, gar kein fertiger Gesetzentwurf sei, nahm der schwarze Block den grundsätzlichen § 1 des Entwurfs an. Hier tritt die Absicht der Konserwativen, der Regierung das Wasser an die Röhle zu setzen, wovon nicht noch deutlicher gutwage als bei der Ablehnung der Erbschaftsteuer. In seinem letzten Reichstagsrede hatte Herr Bülow erklärt - und das war vielleicht der einzige sehr ehrenbare Punkt seiner diplomatischen unbedachten Ausführungen - er lehne es ab, im Bundesrat Steuern zu vertreiben, die Handel und Gewerbe schwer schädigen, die Handel und Industrie ver-schlechtern. Damit war ganz offenbar die Erbschaftsteuer gemeint, niemand hat es anders verstanden. Und weiter sagte der Reichstagslangier, er werde zurücktreten, wenn sich die Verhältnisse in einer Richtung entwickeln sollten, die sich nicht mitmachen kann und will und nicht mitmachen werde. - Indem der konservativ-liberalen Block für die Erbschaftsteuer stimmt, geht er also, daß er auf ein weiteres Verbleiben Bülow im Amt kein Gewicht legt.

Was wird der Reichstagslangier tun, nachdem sich herausgestellt hat, daß in kein Betreiben, kein Wüten, keine Demütigung und Nachgiebigkeit von dem gefährlichen Schlägen fähren, die gegen ihn niedergelassen? Hat der Reichstagslangier, die Frage, über er nicht er hat an Wilhelm Zell 1. Aufs. 4. Seite?

Der schamlose Antrag fiel gegen die vier Stimmen der Reichsparteiler und Antikontinentalen. Aber Herr Eydow, der Reichsparteiler des Reichstags, und der Vertreter und Beauftragte des Herrn Bülow, erklärte sich für ihn! Herr Eydow verteidigte die in der Regierungsvorlage enthaltenen ungenügenden Bestimmungen der Geschäftsordnung, die eine Abminderung des Bundesrats durch ein Gesetz zu bewerkstelligen. Herr Eydow erklärte am Schluß, der von Herr v. Camp vorgeschlagenen Bindung könne die Regierung zustimmen. Amers Anstößig Eydow! Amers Anstößig Bülow!

Wer vor den Tünen kriecht, bekommt die Fingerringe, die er verdient. Konserwativen, Zentrum und Polen antworteten auf das schamlose Anwerben der Regierung mit einer scharfen Zurückweisung. Sie lehnten den Antrag Camp und dann das ganze Gesetz ab.

Diesem ersten Schlag folgte am Nachmittag im Plenum der zweite. Obwohl die konservativ-venesse selbst zugegeben hatte, daß die Erbschaftsteuer in der schlechtesten Ausarbeitung, die sie in der Finanzkommission erfahren hatte, gar kein fertiger Gesetzentwurf sei, nahm der schwarze Block den grundsätzlichen § 1 des Entwurfs an. Hier tritt die Absicht der Konserwativen, der Regierung das Wasser an die Röhle zu setzen, wovon nicht noch deutlicher gutwage als bei der Ablehnung der Erbschaftsteuer. In seinem letzten Reichstagsrede hatte Herr Bülow erklärt - und das war vielleicht der einzige sehr ehrenbare Punkt seiner diplomatischen unbedachten Ausführungen - er lehne es ab, im Bundesrat Steuern zu vertreiben, die Handel und Gewerbe schwer schädigen, die Handel und Industrie ver-schlechtern. Damit war ganz offenbar die Erbschaftsteuer gemeint, niemand hat es anders verstanden. Und weiter sagte der Reichstagslangier, er werde zurücktreten, wenn sich die Verhältnisse in einer Richtung entwickeln sollten, die sich nicht mitmachen kann und will und nicht mitmachen werde. - Indem der konservativ-liberalen Block für die Erbschaftsteuer stimmt, geht er also, daß er auf ein weiteres Verbleiben Bülow im Amt kein Gewicht legt.

Was wird der Reichstagslangier tun, nachdem sich herausgestellt hat, daß in kein Betreiben, kein Wüten, keine Demütigung und Nachgiebigkeit von dem gefährlichen Schlägen fähren, die gegen ihn niedergelassen? Hat der Reichstagslangier, die Frage, über er nicht er hat an Wilhelm Zell 1. Aufs. 4. Seite?

Der weniger diplomatisch veranlagte Herr Dr. Burgsdorff sprach es offen aus, daß er Arbeiterkontrolle nicht wünsche, da doch nur „Geber und Aufsteiger“ genützt werden würden. Aber nicht nur die Sozialdemokratie beehrte Herr v. Burgsdorff mit seinem Haß, sondern er zog auch mit den schärfsten Worten gegen die Reichsregierung und die preussische Regierung vom Geber. Ihn gefallen die „liberalen“ Wege nicht, die die Regierungen jetzt angeblich gehen und an deren Känder sie liberale Blumen pflanzen. Solche liberalen Blumen seien die Bergschneevögel, diese durch das Dreifachparlament doch genug verpackt gelebterischer Pflichten, und die Erbschaftsteuer. Er gratuliert der Reichsregierung, daß der Verfassungsausschuß bis Westfalen nur die gewöhnlichen Bundesverträge in den Kreis seiner Beratungen ein, schloß seine Rede mit lauten Beschlägen über die bösen Minister, die sich von den konservativen Bahnen so weit entfernt hätten. Nachdem ein Herr v. Puttkamer eine kurze Rede vom Stapel gelassen, deren Spitze sich gegen eine selbstgefällige Regelung des Bergarbeiterschutzes richtete, traten Minister Delbrück und Professor von Schmoller für die Vorlage ein. Die jüngerlichen Angriffe verurteilte Herr Delbrück mit einer etwas gemüßwunden Auslegung des Begriffes „konservativ“ zu widerlegen. Er machte, wieder, wie schon im Abgeordnetenhaus, die Sozialdemokratie für das langsam Tempo der Sozialreform verantwortlich und dokumentierte mit dieser Bemerkung die Möglichkeit der ungeheuerlichen Tatsache, daß in Preußen Sozialpolitik nur aus Angst vor der Sozialdemokratie gemacht wird. Dafür ist sie denn auch danach. Und Herr v. Schmoller erschien geradezu als ein sozialpolitischer Fanatiker, als er sich gegen die überdritt starken Kartellen wandte, die für die Sicherheitsmänner festgelegt sind. Gegen wenige Stimmen wurde die Novelle angenommen.

Die Stempelsteuergeschnovelle wurde gleichfalls ziemlich rasch erledigt. Nur beim Jagdstempel hielten sich die Erläuterer und edlen Herren etwas länger auf. Von ihren Beschlägen seien erwähnt, daß sie die Aufhebung des Jagdrechtstempels aufrecht erhielten und bei den Stempeln auf Automaten, Miets- und Jagdpachtverträgen bei der Befreiung der Taxen der Abgeordnetenhausausführung mehr entgegenkamen, als es ihre Kommission getan hatte. Die Novelle geht nun an das Abgeordnetenhaus zurück, das wohl oder übel den Jagdrechtstempel nun wohl aufgeben wird. Sich dem Herrenhaufe hart beschämen zu lassen, das konnte wohl nur einem Parlament, wie dem preussischen Abgeordnetenhaus, passieren.

**Vin Artikel über die Erbschaftsteuer.**  
„Mit dem Tode hört das Eigentumskredit des Menschen tatsächlich auf. Er ist nicht mehr da, und daher kann er auch keine Rechte haben. Daß er über seinen Nachlaß verfügen kann, ist dem Naturrecht gegenüber eine Anomalie, eine Fiktion, also ist es eine Vergünstigung, welche ihm die Gesellschaft, der Staat zuerkennt. Weil es aber eine Vergünstigung ist, kann die Gesellschaft die benötigte Grenze ziehen, sie kann das nicht nur, nein, sie muß es tun, wenn die volle Ausnützung der Vergünstigung der Gesellschaft selbst Schaden zufügt.“  
Diese umfängerlichen Sätze stammen aus einem Buch: „Reform oder Revolution?“, das der konservative Geh. Regierungsrat v. Nassow im Jahre 1905 hat erscheinen lassen. Es ist ein Glüd, daß der „Tagesspiegel“ dieses damals noch nicht das Exzerpt der in konservativen Partei schwingen konnte. Dieser umfängerliche konservativ wäre gewißlos an Kreuz genügt worden.

**Terrorismus bei den Konservativen.**  
Die konservativen Grenzboten schreiben ihrer eigenen Partei noch folgende unangenehme Wahrheit ins Stammbuch:  
„Es ist gar keine Frage, daß ein großer und gewichtiges Bündnis gerade die bei den Wahlen und in sonstigen Wendungen ihrer politischen Gestaltung der konservativen Partei folgen. . . die jetzige Haltung der Partei (in Sachen der Erbschaftsteuer) schmerzlich empfinden, ja darüber entrüstet sind. . . Vorläufig aber steht es diesen konservativen Kreisen, die sich der gegenwärtigen Führung der Partei entgegen zu setzen, an Mitteln, sich genügend zur Geltung zu bringen. Denn die größeren Parteiblätter sind in agrarischen Händen und unterstützen rücksichtslos jede Meinung, die ihnen nicht paßt.“  
Bei uns Sozialdemokraten ist ein derartiger Terrorismus schon deshalb unmöglich, weil sich die Parteimitglieder ein finden

nicht gefallen lassen würden. Die Tatsache weist also ein Zeichen des Nichts nicht nur auf die leitenden Mitglieder, sondern auch auf die geteilnehmenden Mitglieder bei den Konserativen.

**Bilow und das Zentrum.**  
Herr Bilow erwiderte in seiner letzten Rede im Reichstage auch den gefälligen Anknüpfungspunkt des Zentrums über ihn verhängt haben soll. Der Abg. Spahn nahm daraufhin den Reichstag an, zu erklären, daß nicht das Zentrum, sondern der Reichstangler der schuldige Teil sei, er habe dem Zentrum den Vorwurf „nationaler Prognosen“ gemacht. Bilow hat nun dem Zentrum gegenüber einmütigen beratigen Vorwurf erhoben. Aber nicht wenig damit, hat sich die Reichstangler dem Zentrum gegenüber dem Spahn durch Herrn von Seebell den Stachel geföhrt, daß der Kämmler in seinen Reden, Briefen und Gesprächen eine solche Wendung niemals gebraucht hat. Zuerst wurde behauptet, der Vorwurf sei im Selbstbriefe des Reichstanglers enthalten gewesen. Diese Angabe ist nun aufs genaueste geprüft worden und hat ergeben, daß von der angegebenen Bezeichnung seine Rede ist. Dann wurde behauptet, daß in einer der Reden des Reichstanglers dieser Vorwurf erhoben worden ist. Auch nach dieser Richtung hin ist nachgeprüft worden, aber mit negativem Ergebnis. Jetzt heißt es, Herr Bilow habe einem amerikanischen Intermediär gegenüber den Ausdruck gebraucht. Der politische Vierdeckerlangler will sich jedoch nicht daran erinnern.

Das unheimliche Zentrum, das sich jetzt wieder „obenau“ fühlt, erkennt die Bemühungen des agrarischen Banklers aber nicht an, es erwartet noch eine öffentliche Erklärung. Herr Bilow wird wohl auch hierzu bereit sein.  
Mit solchen Sprüchen wird bei uns registriert

**Versicherung durch die Reichsstatistik?**  
Die Ruhlosigkeit der Luzugsölle konnte man bisher aus der Handelsstatistik nachweisen. Man hat nämlich für Luzugsölle, also solche Pferde, deren Preis auf mehr als 3000 M. pro Stück angegeben wird, einen Vorrat von 380 M. eingestuft, während für billigere Pferde 2000 bis 10 M. bis 120 M. erhoben werden. Der Anhaber der Luzugsölle sollte getroffen werden. Nun ging aber aus der Handelsstatistik hervor, daß seit dem 1. März 1906, also seit dem Zeitpunkt, wo dieser Luzugsölzoll gilt, bis zum 30. April 1906 von reichlich 800 000 eingekaufte Pferde nur 155 Stück für 380 M. bezollt sind. Während in dem Aprilteil der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands noch die Zahl der eingekauften Luzugsölle mitgeteilt war, enthält das jetzt zur Ausgabe gelangte Material keinerlei bezügliche Angaben mehr. Ist das nicht merkwürdig. Statistisch Amt einen Hinweis geben, daß es nicht mehr solche Zahlen zur Kritik der Luzugsölle nennen soll? Oder ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß durch derartige Mitteilungen der ganze Ertrag der Luzugsölle für Drunderlösen ausgegeben werden muß? . . .

**Deutsches Reich.**  
— Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Sievers (natl., Rineburg) beantragt und Beweiserhebung beschlossen.  
— Ärzte und Reichsversicherungsordnung. Der Widerstand der Kassenzüge gegen die neue Reichsversicherungsordnung wächst von Tag zu Tag. Nachdem bereits Ärzte-Organisationen in den verschiedenen Teilen des Reichs ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Regierungsentwurf zum Ausdruck gebracht haben, sind auch die Berliner Ärzte ihrer bisherigen Ansicht treu geblieben. Der Berliner Ärzterebereinbund und der Geschäftsausführer Berliner ärztlicher Ständevereine haben jetzt beschlossen, ihre Mitglieder aufzufordern, noch vor dem Lübecker Ärztertage die Erklärung des Leipziger Verbandes zu unterzeichnen. Diese Erklärung besagt, daß, wenn die Kassenzugbestimmungen des Entwurfs Gesetz werden, keine Kassenzustellen mehr angenommen werden. Die Kassenzustellen sollen dann wie jeder Privatpatient behandelt werden.  
— Zur Auslegung des Reichsvereinsgesetzes. Der Gauleiter Drilling in Dortmund wurde in der Berufungssitzung von der Strafkammer in Dortmund mit 15 M. Geldstrafe belegt, weil er eine Brauereiarbeiterversammlung, die von der Biersteuer

Stellung nehmen sollte, nicht angemeldet hatte. In der Versammlung wurde eine Resolution angenommen.

In der Urteilsbegündung heißt es, die Belämpfung der Biersteuer durch Resolutionen sei eine politische Unangelegenheit, weil dadurch an die Gesetzgebung appelliert werde. Deshalb sei die Versammlung eine politische gewesen.

— **Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuer.** In Dresden fand eine stark besuchte Tabakarbeiterversammlung statt, in der der Vorsteher des Tabakarbeiterverbandes — Genosse Reichmann Bremen — über die neuen Steuerpläne auf Tabak referierte. Er bezeichnete die in der Kommission gefassten Beschlüsse (40 Proz. Verzollung auf Hochtabak) für gefahrlos, die kleinen Beschlüssen zu vermeiden, und die Tabakarbeiter durch den Anhebung des Konsums zu schädigen. Besonders stark ging er mit den Tabakarbeitern ein, der durch sein Eingehen auf die Steuerpläne viele bürgerliche Abgeordnete, die schon bereit waren, gegen die Tabaksteuer zu stimmen, einen Vorwand gegeben hätte, nun dafür zu stimmen. Das Verhalten der in Tabakarbeitern organisierten Großfabrikanten läme einem Verbrechen an der Tabakindustrie gleich.

— **Ein neuer Radob-Brosch.** Wie der Dortmund Zeitung aus Hamm gemeldet wird, ist gegen den Betriebsführer Weg von der Jagd Radob ein Strafverfahren eingeleitet worden. Dem Betriebsführer wird die Quasifalsch an dem Grundbesitz zugemessen. Am 24. Juni finden die ersten Zeugenvernehmungen in der Voruntersuchung statt.

— **Wotelssteuerung.** Die Staatsanwaltschaft hat gegen den freireligiösen Prediger Weller in Wiesbaden das Strafverfahren nach § 108 des Strafgesetzbuchs (Wotelssteuerung) eingeleitet. Weller hatte in einer Broschüre, die er am Tage vor dem Kronleichenbestattung in Rausenbach hat verteilen lassen, die Transubstantiationslehre (Essenswandlung durch „weihen“ usw.) verpöbel.

Nun wird der preussische Richter den „lieben Gott“ in Schutz nehmen.

**Frankreich.**  
**Der Marinehaushalt.**  
Paris, 22. Juni. Das Journal veröffentlicht weitere ersaunliche Mitteilungen aus dem Berichte der Marineunterauslegungskommission. Die Kommission stellte fest, daß die von der Kammer verlangten Vorkehrungen bezüglich der Schiffartillerie, die sich infolge der bekannten Katastrophen auf dem Panzergeschiff Jena als notwendig erwiesen haben, nicht aufgeführt worden sind. Ferner sind Bestimmungen von 300 Millionen-Geschützen gemacht worden, ohne das Material dieser Art zu unterlegen, so daß erste Mängel zu befürchten sind. Die Neubauten für die Staatsmarine liefern, bilden ein Subsidat, das der Marineverwaltung erhöhte Beträge diktiert. Bei der Verbindung der Panzerplatten für die letzten Panzerschiffe hatte bereits vorher jede der in Frage kommenden fünf Firmen ihr Schiff gewährt und die Preise in diesem Sinne aufgestellt.

**Rundgebungen im Pariser Gemeinderat.**  
Paris, 22. Juni. Am Sitzungsaale des Gemeinderates wurde gestern eine lebhaftige Rundgebung gegen die Gemeinderatsmitglieder veranstaltet. Das Publikum erob Eintrich, täglich Rundgebungen beantragen zu wollen, bis die notwendigen Rechte für die Arbeiterbüros gewährt worden seien. Auch der Präfekt des Seine-Departements wurde lebhaft kritisiert. Schließlich mußte der Sitzungssaal geräumt werden.

**Cürkei.**  
**Der letzte Akt.**  
Konstantinopel, 23. Juni. Heute werden neun vom Kriegsgesicht zum Tode Verurteilte, darunter der frühere Albaner des erstgenannten Reiches Fikretoglu, gehängt. Es sind dies die letzten Exekutionen, die wegen des Vorfalles am 18. April vorgenommen werden.

**Australien.**  
**Wahlfrage der Arbeiterpartei.**  
Bei den letzten Wahlen zum Landtag von Tasmanien (brit. Insel südöstlich von Australien) gelang es der Arbeiterpartei, die bisher nur sechs Sitze inne hatte, deren 20 St. zu gewinnen. Das Parlament wird nunmehr aus 18 Antifaschisten und 20 St. Mitglieder der Arbeiterpartei zusammengesetzt sein.

121] **Berthold Meryan.** (Nachdr. verb.)  
Roman von Cornelle Hugens.  
(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)  
„In diesem Falle müssen Sie sich noch sehr ändern, mein lieber Meryan, denn Sie sind selbst in hohem Grade empfindlich. Aber weshalb dieses veraltete Dogma? Ich habe durchaus nicht ein, weshalb Männer und Frauen immer, jedes für sich ihre bestellten männlichen und weiblichen Eigenschaften besitzen müssen. Ob wir Menschen dies in unserer Weisheit befehlen können, hilft uns nichts. Es gibt feinfühligere und leicht erregbare Männer, und es gibt umgekehrt grob veranlagte Frauen. Ebenso gibt es auch milde, unbegabte Frauen und feige, erbärmliche Männer. Wir können dies zwar behaupten, aber die Natur verläßt in dieser Hinsicht ganz eigenmächtig. . . und ich fürchte sehr, Meryan, bemerke sie lachend, daß Sie Ihre leichte Empfindlichkeit zeitweilig nicht verlieren werden. Eine Ringerosegarbe bekommen Sie wohl nie.“  
„Galt im Traum lächelte er mit und blickte auf seine Zaubernde.“  
„Ich muß jetzt fort.“ . . . sagte er darauf. „Wollen Sie bitte Anna sagen, daß ich den nächsten Sonntag kommen werde, weil sie mich nun einmal vorgelassen hat, die Einladung anzunehmen will?“  
„Nein, ich möchte mich nicht ein.“ . . . erwiderte Frau Demers abweisend. „Ja werde ich bloß sagen, daß Sie, bevor Sie sich definitiv entscheiden, sich die Sache noch mal überlegen wollen. Es hat ja auch durchaus seine Güte.“  
„Wie herzlich Sie mich lieben, geht mir das an, ich habe mich in der Tat neutral bleiben werde. Als er in Gedanken verfunken sich durch den langen Korridor entfernte, ließ er an der Haustüre auf Anna, die augenscheinlich auf ihn wartete.“  
„Ein Glüd, daß ich Dich noch treffen“ sagte er sogleich und bemerkte mit Freuden, daß in ihrem freundschaftlichen Gesichten und in den Gesichtsausdrücken kein Spur von Mißbehagen zu rückgeblieben war. „Ja wollte Dir sagen, daß es unredlich von mir war, Deine Veränderung umfassen zu wollen. Ja werde also sprechen.“  
„Und ich wollte Dir sagen, daß Du ganz Recht hattest, auf mich los zu sein. Ich habe Dir Endgültigkeit vorgeworfen und hätte einsehen müssen, daß es hier um Deine Uebersetzung handelte.“ . . . verheißte er, sich zu tun.  
„Wie gut und lieb Du bist, Anna!“ sagte er betroffen. „Ich war lächerlich gereizt. Aber ich werde die Einladung bestimmt annehmen.“  
„Sie schüttelte den Kopf.“  
„Du willst die Einladung jetzt doch annehmen, um mich bei Dir zu haben, nicht wahr? . . . oder besterger brauchst Du es unangenehm nicht zu tun.“

„Nein, deswegen tue ich es auch nicht, sondern ich sehe ein, daß meine Meinung keinmal war. . . Ich habe wirklich alle Ursache, dafür dankbar zu sein, daß mir die Gelegenheit geboten wird, die Leute dort für bessere Empfindungen zu gewinnen.“  
„Sprachlos vor Freude blühte sie ihn an. Jedes Wort wurde überflüssig gewesen, da er in ihrer Gegenwart leben konnte, wie in einem offenen Buche. Dann reichte er ihr die Hand, um sich zu entfernen.“  
„Also Du verzehst mir. . . . und wir sind wieder gute Freunde, nicht wahr?“  
„Ich weiß! Ich würde wenigstens keinen Rat, wenn wir es nicht mehr wären. Also bis morgen! . . .“  
„Aber die letzten Aufmerksamkeiten unserer Bekanntschaft kommen ich allein nicht ausreichen. Als sie alle durcheinander redeten, war ich ganz aus dem Text. Du hast Dir doch auch Notizen gemacht.“  
„Ich habe die Debatte wenigstens noch ziemlich im Gedächtnis. Du, höre mal!“ — und er hielt sie jetzt an der Hand fest — „Nun wech ich auch.“  
„Nun, weshalb denn?“  
„Weil Du von Rustin so entschieden angenommen bist. Das macht mich einfach eifersüchtig. Ein gewöhnlich Sterblicher gibt in Deinen Augen bereits nichts mehr. Das ist doch sicher nicht angenehm.“  
„Wie traurig bist Du ich an.“  
„Du und Rustin, ich bin etwas ganz Neues! Jedenfalls habe ich diese Eigenschaften bei Dir bisher noch nicht beobachtet.“  
„Nein, ich will Dir sagen nicht, sondern meine es ganz ernst.“  
„Über aus den Augen, welche den ibrigen begegneten, strahlte in diesem Augenblicke so viel jungen Lebenslust und Lebensmut, daß sie hell aufleuchten mußte.“  
„Dante bist Du ja ganz anders wie sonst. . . kurz angebunden, eifersüchtig und noch Reden geneigt. Das ist mit dem Egoismus! Wenn Du mit solchen Uebersetzungen nicht aufhörst, nehme ich die Versicherung zurück und werde ganz böse auf Dich.“  
„Mit drohend emporgehobenem Finger ging sie von ihm fort, und während er die Haustüre hinter sich aufschloß, trat sie bei ihrer Mutter ins Zimmer.“  
„Ich haben wieder Frieden geschlossen. Wamachen. Ich glaube, wir waren beide etwas Traurig angebunden. Er will jetzt aber doch auftreten. Findest Du übrigens nicht, daß er, abgesehen von unserer Janke, jetzt recht gut ausgemacht ist?“  
„Wie meinst Du das?“ fragte ihre Mutter, welche ihn nicht besonders angenehm gefunden hatte.  
„Denn ich bei meiner Meinung ist, daß er jetzt doch wieder besser und ganz Reden ausgelegt sein kann.“

„Bomtit er denn Dich genedigt?“  
„Rustin . . . aus Unwissen natürlich. Aber es beweist doch . . .“  
„Ja er scheint die verhängnisvolle Ehe geteiltig begreifen zu können. Ich hoffe bestimmt, daß er seinen Verdruss allmählich vollständig überwinden wird.“  
„Anna, welche verfinsterte sich.“  
„Ja, diese Ehe . . . bisweilen denke ich auch nicht mehr daran. Aber Du sprichst von Verdruss.“ . . . glaubst Du denn, daß er sich über ihren Verlust noch gramt?“  
„Ueber die Frau, wie sie sich ihm entpuppt hat, sicher nicht; aber wohl über seine verlorenen Illusionen und über alles, was er in ihr zu sehen glaubte.“  
„Und sie . . . ob sie wohl Reue empfindet und sich unglücklich fühlt, daß er sich nicht verheiratet will?“  
Frau Demers suchte die Weisheit.  
„Aber kann das wissen? Ich glaube es jedoch nicht, weil er sehr davon überzeugt ist, daß sie für ihn viel mehr Annehmungen als Annehmungen empfindet. . . aber der Mensch ist und bleibt nun einmal ein Kästel und am meisten noch für sich selbst.“  
„Anna schweig geruame Zeit und fragte dann plötzlich:  
„Ob Meryan wohl weiß, weshalb Marialis nicht mehr zu uns kommt? Er spricht nie darüber.“  
„Ja, Anna, ich glaube es wohl. Vor längerer Zeit hat er mich einmal darüber gesagt, weil er sich offenbar fürchtete, mit ihm selbst darüber zu reden. Ich habe ihm gesagt, daß wir, alle unsere Freunde so hoch wie nur je verurteilen, daß er jedoch aus besonderen Gründen genötigt wäre, den persönlichen Verkehr vorläufig wenigstens zu vermeiden. Er schien sich sehr überrascht zu sein, aber er merkte wohl, daß ich mich nicht näher ausprechen konnte, und er wird den Grund auch jedenfalls bestanden haben.“  
„Wie ich höre, wird Marialis hier fortgehen, wenigstens wenn er mit seinem Gehilfen fertig wird.“  
„Das wunderst mich nicht, und das ist unter den gegebenen Verhältnissen auch sicher das Vernünftigste. Wer hat es Dir gesagt?“  
„Meryan vor einigen Tagen. Er will nach Manchester. Er hat dort eine Stelle in Aussicht, wo er zwar nicht viel verdient, aber Gelegenheit zu finden hofft, mit der Fortbildung in der Fabrik zu tun.“  
„Das wäre ja gerade etwas für ihn! Wie schade, daß wir ihn ganz verlieren! Aber wie gesagt, sein Entschluß ist recht vernünftig. Dem armen Jungen wird es gewiß schwer fallen, sich hier von allem loszureißen!“  
„Meryan wird dich bemühen, ihn abgesehen von seiner politischen Arbeit, möglichst zu ersetzen. Er sucht sich jetzt schon aber alles zu informieren.“





## Deutscher Reichstag.

267. Sitzung, Dienstag, den 22. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Verrechnung, Prüfung und Kontrolle der in den Rechnungsjahren 1903 bis 1907 aus Anlaß des Eingekommenstandes in Eisenbahnstraßen gestellten Ausgaben.

Abg. Koste (Soz.):

Der vorliegende Entwurf ist wohl eine der sonderbarsten Vorlagen, die bisher den Reichstag beschäftigt haben. Aus Anlaß des Aufstahns in Eisenbahnstraßen sind in den Etatsjahren 1903 bis 1907 mindere als

400 Millionen Mark verausgabt,

wobei die Beträge für Pensionen noch nicht eingerechnet sind. Der Entwurf befindet sich mit letzterer Klarheit, was ich bei früheren Gelegenheiten ausgeführt habe: Daß wir zwar wissen, wieviel Geld für die Sicherung der im Aufstahne befindlichen Eisenbahnen ausgeben werden konnte, wieviel es ausgeben wurde. Wenigstens von einem sehr erheblichen Teil erfahren wir nicht, wo er blieb. (Schr. hört! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten haben der Regierung immer mit Mißtrauen gegenüberstanden, aber eine solche Schamperle, wie sie hier in unumwunden gegeben wird, hätte ich doch nicht für möglich gehalten.

Vizepräsident Dr. Baasche: Der Regierung Schamperle vorzuwerfen, widerspricht der Ordnung des Hauses. Ich muß Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Noze (fortfahrend): Auch wir verlangen natürlich nicht, daß während eines Krieges Luitation über jeden Pfennig vorhanden ist, aber ich verneine überhaupt Beträge für größere Ausgaben, und Anträge, wie groß denn die Summen sind, deren Verwendung nicht nachgewiesen ist, wie viele Millionen Mark Luitationen nicht vorhanden sind. Die Regierung schlägt deshalb, wie sie sagt, ein Ausnahmefesetz vor, damit einer ordnungsmäßigen Abrechnung überhaupt abgesehen wird. Auf diese Weise will man mit der unangenehmen Beschäftigung möglichst schnell fertig werden. (Schr. hört! b. d. Soz.) Ich habe vorhin einen scharfen Ausdruck gebraucht, aber das, was die Regierung selbst mittels, ist so unangebracht, daß man wohl die allerhöchsten Ausdrücke anwenden kann. (Lebh. Zusf. b. d. Soz.)

Die Regierung stellt fest, daß eine ganze Anzahl von Jahren sich der unvolligen Summen zu viel ausgaben liefen. Diesen gegenüber will die Regierung weitgehende Nachsicht üben. Gewiß wollen auch wir nicht heimlich sein, aber etwas anderes als Kleinlichkeit ist es, daß man Leuten entgegentritt, die in betrügerischer Weise zu viel Geld erhoben haben. Diese Schätzung der Reichskasse darf nicht ungerührt hingehen. (Schr. richtig! b. d. Soz.) Die gemeinen Soldaten haben gewiß keine Ehre gehabt, mehr zu beziehen, als sie ihnen auten. Man muß daher fragen, wer denn die Leute sind, die zu viel bezogen haben. Die Reichsliste läuft die Vorlage auf die Deduktion einer Menge von Anordnungen und Unrechtliehkeiten hinaus. Wir werden deshalb dagegen stimmen. (Lebh. Zusf. b. d. Soz.)

Abg. Freischer von Camp (Nst.): betont, daß die Vorlage einer Kritik des Reichstages entspricht.

Abg. Geyer (natl.): Herr Noze hat selbst zugegeben, daß im Kriege nicht für jeden Pfennig quittiert werden kann. Ich bitte Sie, das Gesetz der Rechnungscommission zu überweisen. (Lebh. Zusf. b. d. Soz.)

Staatssekretär Denzburg berichtet, daß in Zukunft die Rechnungen ganz genau befragt werden sollen. Für die Vergangenheit ist das zum Teil gar nicht mehr möglich, solange die Beteiligten im Kriege ungelommen seien. Der unbeschränkte Wortwahl, daß sich Soldaten auf Kosten der Steuerzahler bereichert hätten, müsse entschieden zurückgewiesen werden. (Wabw. red.)

Das Gesetz geht an die Rechnungscommission. Ein Nachtragsetz betr. den Verkauf eines Teils des Tempelhofes geht an die Budgetcommission. (Fortsetzung der heutigen Sitzung.) Es folgt Fortsetzung der zweiten Beratung der Rüstungssteuer.

Abg. Freischer von Camp (Nst.): Bei den Aktien mit Zerninhandel ist eine Rüstungssteuer in gewissem Umfange berechtigt, aber man darf bei der Festsetzung des das Prinzip des einheitlichen Verfahrens des Weiges nicht außer Acht lassen. Wie kann man an den Staatspapieren und Staatsbonds vorbeigehen, wenn man die Finanzbriefe belastet? Wie kann man an den Gesellschaften mit beschränkter Haftung vorbeigehen, wenn man die Aktiengesellschaften belastet? Das alles ist doch ganz unbillig. Ich gebe zu, daß das mobile Kapital an sich keine Belastung ist, sondern nur in der Weise der Rüstungssteuer, die sich über den Kapital, und vor allem in der Kommunion sehen, ob ein Ausgleich zu ermöglichen ist. (Schr. hört! links, Wabw. b. d. Nst.)

Abg. Dobe (Presf. Agg.): Auch wir wollen das mobile Kapital besteuern, aber zusammen mit den immobilien Kapital. Wir wollen nicht die Eisenbahnbesitzer besteuern, auch nicht die Eisenbahnbesitzer, die sich ihr Leben lang gewährt haben, sondern wir wollen auf jede Erbschaft verzichten: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ (Wabw. links.)

Abg. Raab (Antif.): Die Regierung möge auf uns hören und nicht auf den Sozialdemokraten, die sich nicht die Masse, am wenigsten der Mittelstand.

Abg. Graf Mielckowski (Nst.) spricht sich im Namen seiner Freunde für die Rüstungssteuer aus.

Abg. Dr. Weber (natl.) stellt gegenüber dem Abg. Müller-Fulda fest, daß der frühere nationalliberale Abg. Wülfing niemals für eine Rüstungssteuer eingetreten ist.

Abg. Müller-Fulda (Nst.) wirft den Nationalliberalen Frontverweigerung vor.

Abg. Dr. Nozide (Soz.): Ich will immer von ausländischen Papieren die Rede? Gute Patrioten kaufen inländische Papiere. Das Geld muß im Lande bleiben. (Schr. hört! links; Aufz. Das Getreide (l.) auch!) Das ist ganz etwas anderes. (Ausk. Lauch links.)

Abg. Wommsen (Presf. Agg.): Von den Reden mit Ausnahmen ist die Rede. (Schr. hört! links.) Die besten Gründe der Regierungsbekräftiger und der Bekräftiger der Linken verlangen nicht mehr. Die vorzüglichen Ausführungen des Reichskanzlerpräsidenten sind von der Mehrheit gar nicht angehört worden. (Zunehm. links.) Wir Herrn Nozide ist nicht zu distanzieren. Die ganze Folge Herr Wommsen ist, daß wir die Leute nicht mehr verändern können, in der Londoner Weise zu sprechen. Dort greift die Gesetzgebung nicht so unvernünftig in den Verkehr ein. Und dabei sagt man von den Reden, das deutsche Publikum soll inländische Papiere kaufen! Ja, Herr Nozide, das predigen wir dem Publikum seit langem. Es hilft aber nichts, wenn unsere Staatspapiere wegen der schlechten Renditen immer niedriger im Kurs stehen. Darum werden wir wieder den Weg des Auslandes nehmen. Sie das betrachten? Ja, warum schämen wir denn bis in den Sommer hinein, wenn nicht wegen der Finanznot? (Lebh. Zustimmung links, Schreien rechts.) Sie beschließen eine Vermögenskommission, um die Vermögensverhältnisse der Reichsbeamten zu untersuchen. Ich bin der Meinung, daß der Reichsbeamten der Reichsbeamten vor der Reichsbeamten zu sein müssen. (Lebh. Zusf. links.) — Sehr gut! links.)

Die Steuererleichterungen auf dem Lande können ja nicht immer die Abhilfe der Defizitstände sein. Es ist dort zu einer Art Volksgewohnheit gekommen, den Staat gegenüber sein Einkommen möglichst klein anzugeben. (Unruhe rechts.) Wir sind sogar Fälle bekannt, wo Landwirte, die zuerst richtig deklarieren, nachher unter dem Druck der Volksgewohnheit sich veranlaßt sahen, ihre richtige Deklaration zurück zu behalten und eine falsche dafür abzugeben. (Gr. Lärm rechts, hitzige Ausfälle.) (Schr. hört! links.) Es wäre an der Zeit, diesen sich immer mehrendenden Nachrichten durch positive Untersuchungen auf den Grund zu gehen. (Ausbauernder Lärm und laute Pfuihupe rechts, Lebh. Aufz. links.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Pfuihupe ist nicht zulässig. Abg. Wommsen (fortfahrend): Vom politischen Standpunkt ist uns ein Interjektion unter dieser Mehrheit lieber, als eine laute Pfuihupe, die den Staat gegenüber den Landwirten mit dem Handhabung einleitet (Lärm rechts), werden Sie nicht mehr los. (Lebh. Weisf. links.)

Abg. Dr. Nozide (Soz.): Herr Wommsen nimmt sich heraus, auf unbestimmte Behauptungen hin einen ganzen Stand zu verächtlichen. (Lebh. O, o links.) Er wirft den Landwirten ungewöhnliche falsche Einbildung vor. Dabei wird die Durchführung der Landwirtschaft immer schwieriger. (Wächter links.) Wenn kein Einkommen vorhanden ist, so ist es doch direkt eine Verurteilung der Landwirte, eines zu deklarieren. (Gr. Heiterkeit links.) Es gibt unter den Landwirten genug Leute, die lügen: Wir haben zwar kein Einkommen, aber Einkommen wollen wir doch zahlen. (Schallende Heiterkeit.) Wir können von Herrn Wommsen verlangen, daß er Namen nennt. Sonst handelt er nach dem Spruche: „Nur immer froh verurteilen, etwas bleibt immer hängen.“ (Lebh. Wabw. rechts, Hülen links.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über Absatz 1 ist eine namenslos und ergibt die Annahme des Absatzes mit 208 gegen 155 Stimmen bei einer Enthaltung. (Wabw. rechts.) Die übrigen Absatzteile werden fast beinahe angenommen.

Ein Antrag auf Verlegung wird angenommen.

Vizepräsident Dr. Baasche: Auf meine Anfrage hat der Staatssekretär des Innern erklärt, daß die Regierung bereit ist, die Interpellation über den Lebensmittelpreis zu beantworten. Sie wird daher an diesem oder einem der folgenden Tage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen um 2 Uhr zu halten und die Fortsetzung der heutigen Beratung auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Singer (Soz.): Ich danke dem Herrn Präsidenten für seine Bemühung beim Herrn Staatssekretär. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß dieses Verfahren nicht der Geschäftsordnung entspricht. (Schr. richtig! b. d. Soz.) Diese Sache ist ausdrücklich durch die Interpellation dem Reichstages langjährig schriftlich Mitteilung gemacht worden muß, daß sie dann auf die nächste Tagesordnung zu setzen und daß es von der Antwort der Regierung abhängt, ob und wann sie beantwortet werde. Ich will mich in diesem Moment mit diesen Bemerkungen begnügen, möchte aber betonen, daß es im Interesse aller Parteien liegt, daß wir zur alten Gewohnheit, die die Geschäftsordnung vorgeschrieben, zurückkehren. (Schr. richtig! b. d. Soz.)

Wir haben wir die Geschäftsordnung? Die Abhilfe ihrer Bestimmung ist doch eine öffentliche Erklärung der Regierung dabei zu führen. Wenn diese schriftlich erfolgt, so entspricht das nicht der Stellung des Reichstages und bedeutet auch eine Verzögerung. Von jetzt ab werden wir darauf bestehen, daß Interpellationen geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich gebe zu, daß, wenn der Antrag von Seiten der Interpellanten gestellt werden wird, der Geschäftsordnung entsprechend verfahren werden muß.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Sitzung.) Schluß 6 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

Mitgliederstand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Nach einer aus den Jahresberichten und Abrechnungen der einzelnen Verbände gewonnenen Zusammenstellung — die eigentliche Organisationsstatistik der Gesamtorganisation erfolgt erst im nächsten Jahre — hat die Gewerkschaften eine absolute Zunahme von 72 284 Mitgliedern für das Jahr 1908 zu verzeichnen. Die diesjährige Krise hat darnach weit stärker auf die Gewerkschaften eingewirkt als die letzte Wirtschaftskrise 1900-02. Damals trat in einem Krisenjahre ein Rückgang ein; aber er betrug (1901) im Jahresdurchschnitt nur rund 3000 Mitglieder. Dagegen war 1900 sowohl wie 1902 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Nennlich so scheint die diesjährige Krisenperiode zu verlaufen. Im ersten Krisenjahre (1907) hatten die Gewerkschaften den Jahresrückgang zu Jahresbeginn eine Mitgliederzunahme von 73 853. Im Jahre 1908 ist im vierten Quartale ein Rückgang von 72 284 Mitgliedern gegenüber dem gleichen Quartale des Vorjahres zu verzeichnen.

Welchen Einfluß die Krise auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften hat, dafür ist geradezu typisch der Rückgang der Mitglieder in den Baugewerkschaften; sie allein haben 87 715 Mitglieder verloren. Dagegen die Maurer 17 447 die Bauhilfsarbeiter 15 789; die Zimmerer verloren nur 4173 Mitglieder. Geringere Verluste in absoluten Zahlen hatten die kleineren Gewerkschaften der Dackerei und der Stucktoure, während die Steinsetzer ihre Mitgliederzahl ziemlich halten, die Maler sogar eine Zunahme von rund 500 zu verzeichnen haben.

Außer im Baugewerbe war der Mitgliederverlust im Textilarbeitergewerbe am größten; die Textilarbeiterorganisation verlor 32 200 Mitglieder. Weide genannten Industriezweigen tragen demnach von der verminderten Mitgliederzahl von 75 188 allein rund 61 000. In der Metallindustrie hat der Metallarbeiterverband mit 208 073 Mitgliedern seinen Mitgliederstand so ziemlich gehalten, der Verlust von rund 1351 Mitgliedern trifft fast ausschließlich den Schmiedebestand, während die Maschinen-, Kupfer- und Schiffbauindustrie keine Zunahmen zu verzeichnen haben. Im Textil- und Bekleidungsgebiete ist ein Mitgliederrückgang von 1158 zu verzeichnen. Die Bergarbeiter besitzen bei einer Mitgliederzunahme von rund 1000 ihre Mitgliederzahl auf 121 513. Größere Mitgliederverluste zeigt noch die Verlagsindustrie mit 3778, die Holzindustrie mit 4579, die Industrie der Etzeme und Erden mit 5576 Mitgliedern. Am besten haben sich die polygraphischen Gewerbe und die sonstigen Berufe gehalten, die eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen. Anzunehmen ist hier, daß der gute Ausbau der Organisation und die allgemeine tarifliche Regelung

des Arbeitsverhältnisses im Buchdruck sowie im Lithographie- und Steinbrudergewerbe dazu beigetragen hat.

Die Ergebnisse des Krisenjahres 1908 sind trotz der immerhin erheblichen Mitgliederabnahme keineswegs niederschlagend. Bei dem großen Rückgang der Mitglieder in den vorangegangenen Jahren war es selbstverständlich nicht möglich, diesen Mitgliederstand in dem vorangegangenen Krisenjahre zu halten. Wenn trotzdem relativ eigentlich ein geringer Mitgliederabgang eintrat, so zeugt dies von einer großen Festigkeit der Gewerkschaften.

Das Jahr 1909 läßt eine allgemeine Aufwärtsbewegung erhoffen. Zeigen doch die vorliegenden Abrechnungen von fünf Verbänden für das erste Quartal eine Mitgliederzunahme. Nege Agitation aller Gewerkschaftenmitglieder wird dazu beitragen, die Scharte, die das Krisenjahr 1908 den deutschen Gewerkschaften geschlagen hat, nicht nur auszuheilen, sondern die Reihen zu verstärken und die Schlagfertigkeit unserer Gewerkschaften zu erhöhen.

Der Terrorismus der Hamburger Bauunternehmer teilt nachdrücklich wunderbare Willen, verlagert aber im Kampfe gegen die Arbeiter. In den letzten Tagen ist vom Baugewerksverband ein umfangreiches Zirkular an die Unternehmer und Baumaterial-Lieferanten in ganz Deutschland verbreitet worden. Das Zirkular ist überhieben: Arbeits- und Materialpreise im Baugewerbe des Vierstädte-Bezirks. In diesem Zirkular verurteilt der Vorsitzende des Baugewerksverbandes von Hamburg die Tatsachen einlaß auf den Kopf zu stellen. Herr Lummert schreibt:

„Die Veranlassung zu der Aussperrung sind die Forderungen der Maurergesellen, Zimmergesellen, Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter und Zementierer auf Lohnserhöhung. Unsprachlich waren die Forderungen auch auf Arbeitszeit-Verlängerung, daneben aber auf eine ganz undifferenzierte Lohnserhöhung gerichtet. Diese drei Forderungen wurden später allerdings ermäßigt.“

Den eigentlichen Grund beschweigt Herr Lummert wohlweislich; wollte er die Tatsachen wahrheitsgemäß berichten, dann müßte er eingestehen, daß die Unternehmer zunächst den Betonarbeiten und Zementierern 5 bis 10 Prozent Lohnserhöhung abgezogen haben, wodurch sie sich eines Vertragsbruches schuldig gemacht haben. Interessant ist, daß Herr Lummert weiter schreibt:

„Der Verkauf der von uns ausgeprochenen Arbeitspreise ist demnach für das ganze deutsche Baugewerbe von weitgehender Bedeutung.“

Auch wird das Schlimme der schwarzen Listen in dem Rundschreiben besprochen und seine Wirkung in Verbindung mit noch anderen Kontrollvorschriften verurteilt; die Einstellung in der Hamburg ausgeschlossenen Arbeiter soll dadurch verhindert werden. Der Schreiber oder Unterzeichner des Zirkulars preist Johann den Terrorismus. Den Erfolg dieser Gewaltmaßregeln nennt er eine „gute erzieherische Wirkung“, wie aus dem nachfolgenden Satz hervorgeht:

„Wir haben gegen unsere Kollegen die härtesten Maßregeln getroffen, die in Verbindung mit unseren fortgesetzten Ermahnungen eine recht gute erzieherische Wirkung ausgeübt haben.“

Mit folgendem Gruß! Baugewerksverband zu Hamburg. W. Lummert, Vorsitzender.“

Trotz der getragenen Anforderungen, die der Vorstand des Baugewerksverbandes macht, um die Aussperrung zu vergrößern, will ihm dieses nicht gelingen. Teilweise hat sich die Zahl der zu unentschiedenen Arbeiter im Laufe der letzten Woche sogar verringert, so hatten z. B. die Maurer Sonntag, 12. Juni, 3126 Mitglieder zu unterrichten, was hingegen am 19. Juni nur 2780 Personen zu unterrichten waren. Infolgedessen sind die Arbeiter der Vierstädte-Bezirks, die die Zeilen des Arbeitergewerksverbandes wider den Strich, weshalb sie nun zur Anwendung eines forcierten Terrorismus greifen.

Die Abschlüsse und Dackerei in Leipzig sind ausständig geworden, weil die Unternehmer es verstanden haben, die Verhandlungen über den schon im April eingeleiteten Tarif zu beschließen. Sie fordern die 94 hündige Arbeitsliste, für Arbeiter 65 Pf., für sonstige Arbeiter 55 Pf. und für Reinrenten 52 Pf. Stundelohn. Ausständig sind etwa 200 Mann.

## Genossenschaftliches.

Ein Wert der Wiener Arbeiter. Während der erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein schon seit vielen Jahren eine eigene Bäckerei besitzt, hat nun die Wiener Arbeiterorganisation in Verbindung mit dem großen Konsumverein Vorwärts in Schmelzer bei Wien die Hammerbrotwerke errichtet, die größte Bäckerei Österreichs und mit eigener Dampfmaschine versehen. Am Sonntag fand die feierliche Eröffnung statt. Das Unternehmen bezieht sich ausschließlich der Maschinenarbeit statt der sonstigen Handarbeit. Die Bäckerei, die unter der Firma Slatet, Gamsch u. So. geht, ist auf eine Tagesproduktion von 75 000 Kilogramm Brot eingerichtet.

## Aus der Frauenbewegung.

Aus der sozialistischen Frauenbewegung der Vereinigten Staaten.

Die amerikanischen Genossinnen erfassten in den letzten Zeit eine ungemein eifrige Tätigkeit. Im Nationalen Frauenkomitee haben sie eine Zentrale geschaffen, welche die Agitation leitet, für Versammlungen und Verbreitung von Literatur Sorge trägt. In allen Staaten werden Unterkomitees und in den einzelnen Städten Agitationskommissionen gebildet, welche die Propaganda unter der weiblichen Bevölkerung zu betreiben haben. Überall machten sich große Fortschritte bemerkbar, auch in den westlichen Staaten. So hielten vor einigen Wochen die sozialistischen Frauen Kaliforniens ihre erste Konferenz ab, auf der 14 Ortsgruppen vertreten waren. Auch gelang es den Genossinnen immer mehr, in die Konsum

halen Verwaltungsbereiche einbinden. So ist z. B. in Wilmkau zwei Genossinnen im Spiel.

**Warum sie nicht Sozialistinnen sind.**

Im Chicago Daily Socialist veröffentlicht der Genosse Sheridan das Resultat einer recht interessanten Umfrage. Er legte 498 amerikanischen Frauen und Mädchen die Frage vor, warum sie nicht Sozialistinnen seien. Unter diesen befanden sich 18 Stubenmädchen, 20 Genossinnen, 123 Schulpflichterinnen, 71 Arbeiterinnen, 24 Krankenpflegerinnen, 27 Verkäuferinnen, 24 Schenkeangestellte, 78 Gesellschaftsdamen, 72 Hausfrauen, 5 Sekretärinnen und 84 von sonstigen Berufen und Berufslose. Sie gaben die folgenden Gründe an, warum sie nicht Sozialistinnen seien: 11 sagten, sie hätten nie darüber nachgedacht; 26 sagten, ihre Religion gehege sie ihnen nicht; 17 erklärten, sie hätten wohl etwas darüber nachgedacht, aber nur oberflächlich, und wären auch nie darüber angeleitet worden; 101 meinten, sie wüßten nicht, wie sie es anfangen sollten; 43 sagten, sie wären entmutigt worden weil man sie verachte; 48 wägen der Ansicht, daß alle Völkertumpe sei, und sie nichts damit zu schaffen haben wollen, und 67 erklärten, daß sie mit den Verhältnissen, so wie sie sind, ganz zufrieden wären.

Wenn man diese 67 auch ohne weiteres abgeben will, in der Annahme, daß sie doch nicht zu gewinnen seien, so bleiben doch noch Hunderte, die dem Sozialismus zugeführt werden können, sobald nur die Aufklärungsarbeit in richtiger Weise eingesetzt. Und so, wie in diesem Falle, dürfte es vielfach auch bei uns sein, nach Zehntausenden von Frauen dem Sozialismus zu gewinnen.

**Halle und Saalkreis.**

Halle, den 23. Juni 1909.

**Ueber die städtische Wohnungsfrage**

äußert sich eine Denkschrift des Magistrats an die Stadtverordneten, wozuher noch den Sommerferien verhandelt werden wird. Es heißt in dieser Vorlage:

„Wohnungsfrage zu lösen, gehört zu den Pflichten der Gemeinden, denn der Zustand der Wohnungen, die Art ihrer Benutzung und ihre Verteilung steht in unermessbarem Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit und Ethik. Während der Dagezeit führt die Baupolizei über die Herstellung der künftigen Aufstellungsräume die Aufsicht; werden die Räume nach Fertigstellung zum Betriebe eines Gewerbes benutzt, so beauftragt die Gewerbeinspektion ihre Benutzung. In gleicher Weise befehrt die Benutzung zur Wohnung einer Ueberwachung, denn fehlerhaft gebaute Wohnungen können durch schlechte Salzung mangelhaft werden oder durch Ueberfüllung bedenklichen Zuständen Raum geben, während umgekehrt die Folgen baulicher Mängel unter Umständen durch Ordnung und Sauberkeit gemildert werden können. Dauernd muß daher die Gemeinde die Instandhaltung und Pflege, die Art und den Umfang der Benutzung, Kaufschätzungen und auf die Befestigung von Mängeln hinwirken. Sie erreicht damit neben der Besserung der Wohnungsverhältnisse vor allem den Erfolg, daß die Gesundheit nicht durch die Wohnungsfrage als einer Lebensfrage dauernd zu bedrohen und Vorkehrungen gegen die Gefahr einer Wohnungsnot zu treffen.“

Nach dieser Einleitung wird die gegenwärtige ganze Wohnungsaufsicht in Halle schriftlich und dann zu einer Erörterung des Aufgebens der städtischen Wohnungsaufsicht übergegangen.

„Der einem Magistrats-Dezernenten unterstellte Wohnungsinpektor hat nach den Beschlüssen der zu gründenden Wohnungskommission systematische Wohnungsbefichtigungen vorzunehmen. Daneben werden ihm als Arbeitsmaterial die Anzeigen und Beschwerden über gesundheitsgefährdende Wohnungen übergeben, von denen wegen hat er dauernd Käufer zu befragen, welche die Baupolizei als überfällig bezeichnet, oder die sonst im Verlaufe schlechter Wohnungsüberprüfungen festfallen. Die Befestigung der vorgefundenen Mängel der Wohnungen oder ihrer Benutzungswiese hat er durch Erörterung mit den Beteiligten, Belehrung, Mahnung und Warnung an Ort und Stelle anzustreben; erst wenn diese Mittel versagen, hat er der Wohnungskommission unter geeigneter Herbeiziehung über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe Anträge zu erstatten.“

In den Fällen, in welchen der Wohnungsinpektor erhebliche Veränderungen der bestehenden Wohnungen für notwendig erachtet, soll eine stiftliche Nachprüfung der Verhältnisse durch die Wohnungskommission erfolgen und erst nach Abgabe ihres Gutachtens dürfen weitere Maßnahmen ergriffen werden. ... Aberhaupt muß für die ganze Organisation der Grundhaltung gelten, daß die Wohnungsinpektion nicht als eine politische Maßnahme, sondern als eine kommunale Wohlfahrts-Einrichtung angesehen ist. Beim Detektieren fremder Wohnungen hat sich der Wohnungsinpektor gegenüber dem Wohnungsinhaber und Inuitst auch dem Hauseigentümer zu legitimieren, er hat bei den Befichtigungen, die in der Regel nur zwischen 9 und 6 Uhr, im Winter bis zum Eintritt der Dunkelheit stattfinden dürfen, eine Befestigung der Beteiligten möglichst auszuschließen. Wird ihm der Zutritt zu einer Wohnung verweigert, so erstattet er dem Dezernenten Anträge. Daß die mit der Wohnungsaufsicht betrauten Personen berechtigt sind, in Ausübung ihrer Pflicht fremde Räume zu betreten, wird eine Polizei-Verordnung regeln.“

Ueber die Aufgaben der Wohnungskommission wird gesagt, daß sie die über den Wohnungsinpektor entweichende Instanz sei. Sie soll zusammengesetzt sein aus zwei Magistratsmitgliedern, dem Stadtrat, dem Kreisarzt, dem Baupolizeinspektor und sieben Stadtverordneten, von denen wenigstens vier der Stadtverordneten-Berufung angehören, zwei Kaufverhältnisse und vier Hausbesitzer sein müssen. Dann, nachdem erklärt ist, daß von einer besonderen Polizeiverordnung über die Wohnungsinpektion abgesehen werden könne, heißt es weiter:

„Wir verneinen nicht, daß mit der hier vorgeschlagenen Organisation der Wohnungsaufsicht nur der Anfang einer Wohlfahrts-Einrichtung geschaffen wird, deren Ausgestaltung ein Wohnungsamts mit einer genügenden Anzahl beamteter Wohnungsaufsichter und ehrenamtlich tätiger Wohnungspfleger zum Ziele hat. Es handelt sich aber um einen dringend notwendigen Beschluß und um Sammlung von Erfolge, die sich hier mit dem vorläufig einfachen Mitteln vorwuschüssig ebenso günstig gestalten werden, wie sie anderwärts sich gestaltet haben. In allen Städten, welche die Wohnungsaufsicht eingeführt haben, ist die Abstellung einer großen

Menge von Mängeln und Missständen, ohne daß in erheblichen Umfang Zwangsmaßnahmen notwendig geworden sind, als Folge gewesen.“ Von großer Bedeutung ist hierbei freilich die Art der Geschäftsführung des Wohnungsinpektors, in dessen Hand es zuerst liegt, die Wohnungsaufsicht nicht zum Selbstzweck, sondern zu einer vollständigen, lebendig wirkenden Einrichtung werden zu lassen.“

Es wird danach beantragt: zu genehmigen, daß vom 1. Oktober 1909 ab

- a) ein Wohnungsinpektor mit einem Jahresgehalt von 2700 Mark, steigend alle drei Jahre um 250 Mark bis auf 4200 Mark als Gemeindebeamter angeheilt, und der für das laufende Verwaltungsjahr erforderliche Gehaltsbeitrag dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen wird,
- b) eine Wohnungskommission in der oben bezeichneten Zusammenfassung errichtet wird.

Wir werden uns zu der Denkschrift noch äußern.

**Der Bauandfust**

hielt gestern nachmittag eine Vollversammlung auf dem Stadte-Gymnastium wegen der Erbauung des vielbesprochenen Stalles aus. An der Versammlung nahm auch eine Anzahl, dem Ausschuss nicht angehörender Stadtbewohner teil. Nach eingetragener Anwesenheitsnahme und Abänderung der Projekte kam der Ausschuss mit 7 gegen 1 Stimme zu dem Beschlusse, an dem alten Projekte des Magistrats festzuhalten. Danach erhielt das Gebäude einen Titel von roten Ziegelfeststoffen, während die Wände aus gelben Ziegelfeststoffen bestehen sollen. Man war allgemein der Ansicht, daß das zweite Projekt, welches durchweg rote Ziegel vorgesehen hatte, die Umgehung verschaffen würde, während die gelben Mauern sich viel besser dem Gefüge der vorhandenen Gebäude einreichten.

Einer anderweitigen Regulierung der städtischen Kapitalbeteiligung am Grundstück Weidenplan Nr. 20, welcher dem Verein Erholungsheim für Frauen und Mädchen gehört, wurde zugestimmt. — Die Abortanlagen in der Mittelschule an der Str. Steinstraße sollen neu gebaut werden; die Kosten dafür betragen 14 000 Mark. — Mit dem Erweiterungsbau der Schule an der Gärtenstraße soll begonnen werden. Die Kosten wurden mit 285 000 Mark genehmigt. Nach dem früheren Projekte sollten 300 000 Mark ausgegeben werden, das Bauamt war jedoch erstucht worden, ein anderes billigeres Projekt auszuarbeiten.

**Erfahrungen bei städtischen Arbeiten.**

Der Steinmeister F. Wegener, welcher momentan für Rechnung der Stadt Halle Aushilfsarbeiten in größerem Umfang ausführt, bekommt es bei den jetzigen heißen Zeiten fertig, seine Arbeiter mit einem Stundenlohn von 35 bis 40 Pfennig — einem gewis fürstlichen Lohn — abzupfeifen.

Wie uns mitgeteilt wird, soll der Herr Wegener anfangs wissend gewesen sein, pro Stunde 40 Pf. zu zahlen; davon soll ihm jedoch sein Bolter oder Schachtmeister, der Steinleger August Enders, abgezogen haben, da dessen Meinung nach ein Stundenlohn von 38 Pf. auch noch genügen hoch sei. Um nun zu erfahren, ob mit solchen Zusammenhängen eine Familie zu ernähren ist, wäre es wünschlich, wenn der Herr Wegener bei seiner rechten Hand, dem Steinleger August Enders, mit der empfohlenen Lohnregulierung anfangen würde.

**Saison-Räumungs-Verkauf.**

**Donnerstag den 24. Juni**

beginnt unser diesjähriger Räumungs-Verkauf. Um mit den Restbeständen der Frühjahrs- und Sommer-Saison zu räumen, verkaufen wir alle der Mode unterliegenden Waren

**zu ganz bedeutend, vielfach bis zur Hälfte ermässigten Preisen.**

Besonders empfehlen:

- Grosse Posten**  
Fertige Kleider, Kostüme, Blusen aus Seide, Wolle und Waschtouren, Waschblusen, Kostümröcke, Jackets, engl. Paletots, Staubmäntel, Morgenröcke, Mädchen- u. Knaben-Garderoben.
- Grosse Posten**  
Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Blusenstoffe, Seidenwaren, halbfertige Roben und Blusen, Waschkleiderstoffe und Wollmousseline, Herren- und Knaben-Anzugstoffe.
- Grosse Posten**  
Tisch- u. Bettwäsche, Damen-Tag- u. Nachthemden, Beinkleider, Nachtjacksen, Untertailen etc., hierunter auch einzelne Reisemuster und Sachen, die im Lager und Schaufenster etwas gelitten haben.

- Grosse Posten**  
Besätze, Spitzen und Spitzen-Stoffe, Stickereien, Konfektionierte Weisswaren, Schleier, Gürtel, Damen- .. Taschen, Sonnenschirme, Kravatten. ..
- Grosse Posten**  
Unterröcke, Unterrock - Volants, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schürzen aller Art, Hand-Arbeiten, .. Taschentücher mit kleinen Webfehlern. ..
- Grosse Posten**  
Teppiche, hierunter Stücke mit unbedeutenden Fehlern, Gardinen, Portieren, Dekorationen, Kissenplatten, Tisch-u. Diwanddecken, Tüll-Gedecke, Rouleauxstoffe, Möbelstoffe.

**Reste**

Grosse Mengen Reste von Kleiderstoffen, Blusenstoffen, Besätzen, Spitzen, Stickereien, Negligéstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Gardinen, Möbelstoffen etc.

**Reste**

**fabelfhaft billig.**

**BRUMMER & BENJAMIN**

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Man sollte nicht und nicht es Aufgabe unserer Stadträte sein, die für ihre Rechnung hergestellt werden, den betriebl. Unternehmern auszuführen, die es den Arbeitern ermöglichen, als Mensch zu leben.

Was soll es ein armer Arbeiter anfangen, wenn in der Woche noch einige Hundert von Mark für Lebensmittel, für den Mietzins und noch, und gerade diese Kategorie von Arbeitern nur Sozialarbeit hat und im Winter meist arbeitslos ist.

Werden so oftmals Tausende von Mark für Lebensmittel, Heften und beglückten Schinken bezogen, so soll die Stadtbedürfnisse mindestens auch bezahlt werden, daß den Arbeitern der Winter bei zu vergebenden Arbeitern keine Gefahr werden, mit denen eine Familie zu ernähren ist. Oder haben diese Arbeiter nicht das Recht zu leben, wie jeder andere Mensch?

Überdies tragen diese Arbeiter zum allergrößten Teil selbst Schuld an ihrem Elend, indem sie von ihrem Recht, sich zu organisieren, keinen Gebrauch machen. Wir rufen ihnen daher zu: Setzt hinein in eure Organisationen und fordert das, was man euch vorenthalte! Das ist die einfachste und schnellste, dabei aber auch sicherste Lösung der Frage.

**Wie kam es eine Poststelle.**

Wegen der geplanten Errichtung eines Stalgebäudes auf dem Stadtplatz (Städt.) haben hiesige Bürgerliche Komitee u. Zeitungen viel Staub aufgewirbelt. Der Stal, dessen Bestimmung von der Stadtbaukommission genehmigt worden war, würde, so behauptet man, das Bauschicksal der Feindnis verunfallten. Das Gebäude war in gelben Ziegelfarben mit einem schalen Dach geplant, die Kunstverständigen verlangen vor allem ein schiefes Dach und eine andere Steinart. Nicht nur, daß man in Verammlungen darüber sprach und referierte, Eingaben an den Magistrat und Regierungspräsident machte, auch an die gesamten Sachkenner Deutschlands auf künstlerischen Fragen wendete man sich mit der Bitte um ein Gutachten und — möglichst verbindliche Kritik. Die ist denn auch erfolgt: — nämlich der Stadtbaurat Hofmann in Berlin, Professor Schulze-Naumburg u. a. haben den Entwurf in Grund und Boden beurteilt, so daß der Magistrat sich schließlich zu einer Verringerung des Planes bequeme. Der Regierungspräsident hatte auf die an ihn gerichtete Beschränkung erklärt, daß er eine gefehliche Genehmigung, den Bau zu verbieten, nicht bestie. Es ist aber jedenfalls doch auf den Magistrat eingewirkt worden, was zur Folge hatte, daß er den Stadtbaukommission eine Vorlage machte, wonach der Bau in roten Steinen mit weissen Fugen hergestellt werden soll, was übrigens gestern abgelehnt worden ist.

Wir sind weit davon entfernt, die meist schablonenhafte Arbeitsmethode in den hiesigen Bauämtern gut zu heißen. Aber — um diesen Ausfall eine derartige Ignoranz entsetzt werden müßte, steht denn doch sehr darin. Auf demselben Stadtplatz befindet sich ein Gebäude, wahrscheinlich das Arbeiterwohnhaus, welches mindestens ebenso schieflich ausfällt, wie das bis jetzt nur gegenseitig. Am das Arbeiterwohnhaus, das auch noch nicht lange stehen kann, hat man sich jedenfalls nicht so aufgeregt, wie bei diesem Ausfall, denn es wird bei dem ganzen Streit überhaupt nicht erwähnt. Aber nicht bloß auf Städt., überall, auch in den Straßen der Stadt können wir die Bemerkung machen, daß um die Arbeiterwohnhäuser ganz sicher kein „Kampf“ geführt worden ist. Da hat man die hontausenden Unternehmer getrost wursten lassen, ohne daß sich die Künstlerisch empfindlichen Seelen im Bürgerium erregten. Solange aber die Lasten besteht, daß man sich auch in den aufkläreren Städten um Stelle mehr den Kopf zerbricht, denn um Arbeiterwohnungen, haben wir keinen Anlaß, das Gefühl der Kunstverständigen bürgerlichen Wiedermeier für etwas anderes, als eine Belanglosigkeit, zu erklären. Die auswärtigen Professoren mögen zum künstlerischen Standpunkt recht haben, wenn sie den Magistrat um seines Projektes willen den Kopf machen, daß sie aber jukt wegen dieses Stalles angegangen worden sind und niemals bei anderen Gelegenheiten, ist das bezeichnend für die soziale Denkungsart des Bürgertums auch in künstlerischen Fragen.

**Die Weisheit vor dem Gesetz.**

Der bekanntlich alle Staatsbürger unterliegen, wurde am Montag abend den Einwohnern der Stadt Halle wieder einmal unangelegentlich „demonstriert“ im wahrsten Sinne des Wortes. Injere Leser wissen, daß wenn die Arbeiter einmal beschuldigt, einen Antrag zu veranlassen, fast regelmäßig „Ruhe, Ordnung und Verhältnismäßigkeit“ gefordert sind. So ungeschickten meist die „Gründe“, welche den Arbeitern mitgeteilt werden, wenn sie für ihre in Anspruch nehmen, nach anderen un-

angerechnet nachgeschen wird. Denn wenn zwei Kasse's tun, so ist es nicht daselbst.

Am Montag abend lieferten die hiesigen Studenten eine öffentliche Straßendemonstration, genannt Konventionssitzung, zu Ehren des „Altreichstanglers“, wie unsere Leser wissen, eines der blamiertesten Europäer, die je herumgelaufen sind. Zwar gab es in Strömen, aber trotzdem sammelten sich die „studierenden“ Jünglinge um ihres Wanders und gottlosen los, um Hurra zu schreien über den großen Mann. Obwohl sich im „Festzug“ ungewissheit eine große Zahl politischer reaktionärer Elemente befand, waren Ruhe und Sicherheit nicht gefährdet. Auch Waffen trugen einige recht junge Leute, was nach dem Vereinsgesetz keineswegs zulässig ist, aber es spricht niemand an. Unter den lächerlich bunten Mitteln befanden sich folgende — zoter (!) Farbe, rote Wägen waren sehr zahlreich vertreten, sogar rote Fahnen wurden mitgeführt — es wurde jedoch keines Spielzeugs Döschchen entsetzt. Auch öffentliche Ansprachen unter freiem Himmel wurden gehalten, ohne daß die Redner — flüchteten.

Diesem ist zur Widmung bewiesen, daß in Halle alle Staatsbürger sowohl vor dem Gesetz als auch vor dem Ermessen der Behörden gleich sind. Die Arbeiter brauchen nur für die — „Altreichstangler“ zu demonstrieren, sofort würden sie leben Umgang frei bekommen. Ob mit roten Fahnen um, freilich, das möchten wir doch nicht so gewiß behaupten. Und ob die Arbeiter aus gefühener Demonstration beispielsweise am Robert-Frang-Denkmal herumklettern und daran ihren Unmut treiben oder Katernen ausbreiten und Spektakel machen dürfen, wie die „studierenden“ Würdigen nach ihrer Reichstanglersfeier, das zu versuchen, möchten wir ihnen schon gar nicht empfehlen.

**Die Verbündeten eines Magistrats.**

Unsern Kieler Bruderorgan, der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, ging dieser Brief zu:

Sie bringen in der Nr. 134 vom 13. d. M. unter Bagerdorf einen Bericht, daß die gelbe Streiferecher-Organisation in Kiel eingezogen sei; dies bestritt sich vollauf, sogar der Aktion ist dabei!

Gewiß doch eine große Freude für die Herren Bagerdorer, nicht wahr? Sie Ihre nähere Orientierung hiesigen Ihnen noch, daß die gelbe Streiferecher-Organisation noch manches Mal Veranlassung nehmen wird, wenn die Kieler Arbeiter keine Luft haben, zu arbeiten, oder wenn diese arbeitslosen Arbeiter sich von ihren wohlhabenden Führern ins Unglück führen lassen, nach Kiel zu kommen.

**Die gelbe Streiferecher-Organisation.**

Da es ausgeschlossen ist, daß das gelbe verlaute und verschäppte Streiferechergetumpe auch nur ein orthographisch richtiges Wort schreiben kann, charakterisiert sich dieser Brief als das Wagnis eines derjenigen, die momentan den Klagen von dem Geinbeln haben.

Recht bezeichnend für diese Diebstahle des Kapitals ist folgender Brief eines Essener Streiferechers an seine Mutter:

**Siehe Mutter!**

Es geht Dir wohl öffentlich noch gut. Am Freitag abend um 12 Uhr waren wir an Art und Stelle. Es war heißer Empfang. Tausende von Menschen umlagerten den Bahnhof. Unser Leben steht auf dem Spiel. Eine ganze Schicht ist geschlagen worden einige Politische liegen im Lazarett. Schade mit hätte den alten Trilo ein Stück Selbe und zwei Dolen Streichhölzer und den Revolver mit sämtlichen Augen da die meisten einen mit sich führen wir fahren zur Stadt und müssen in die Häuser welches sehr gefährlich ist denn die Weiber sind schlimmer wie Hyänen. Den Revolver würde in Lappen und in den Trilo mache ein Paket und schide es sofort den es. Gift. Die Kugel nimm heraus und verpade sie alleine bagawischen. Wenn du sie nicht heraus kriegen kannst so lasse sie heraus machen oder laß sie drin. Die alteste Uhr kannst du auch dabei tun. Mache das Paket so dünn wie möglich denn aber an den Revolver daß ist die Hauptfische. Einige Kugeln sind noch in meiner Weste kannst mal nachsehen Revolver Uhr Streichhölzer und Selbe würde zusammen und den Trilo darum tue einen Lappen darum nähen und den Papier darum, damit wenn das Papier losgeht nicht die Sachen herausfallen made ein Postpaket damit ich es bis Mittwoch habe. Es Essen ist gut wiez werden noch nach 14 Tage hier bleiben. Antwort kannst du wohl bei das Paket legen.

Die Uhr hoffentlich noch gesund und Mutter mit auch, geht bekommen wie hoffentlich Samstag da vier Tage haben bleiben im Fall eines Kontraktbruchs. 4,70 Mark und die Rest ist der Lohn und bekommen 15 Mark Reisvergütung wenn wir ausfallen.

**Es grüßt Dich vielmals Josef.**

Denk aber an den Revolver und Kugel das ist die hauptfische unser Leben steht auf dem Spiel ganze Schichten werden gelistet noch schlimmer wie in Krieg. Nachmals viele Grüße Josef.

Zigaretten und Zigaretten bekommen wir frei; ich ja Süßholz.

Zu den Briefen ist über Kommentar überflüssig. Sie kennzeichnen sowohl das Streiferechergefindel wie auch aufs graue Familie die, die sich feiner bedienen.

Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr im Volkspark Sitzung des Vorstandes und der Schriftführer. Aller Erscheinen notwendig.

Frauen-Versammlung. Am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr veranlassen sich die sozialdemokratischen Frauen im Volkspark. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag mit Rezitationen, den Genosse Jäger halten wird. Beifolgt Beteiligung ist geboten.

Die Mitglieder der Jugendkommission werden ersucht, sich morgen, Donnerstag, abend 8 1/2 Uhr, im Volkspark einzufinden.

Die Selbstversicherung des hiesigen Eigentums ist in Halle von allen Städten Deutschlands zuerst durchgeführt. Vorläufige sollen alljährlich 20 000 Mark beisteuerte werden als Fonds für Brandschäden. Andere Städte interessieren sich zwar für diese Versicherung, sind aber bisher noch nicht nachgegangen. Fast alle hiesigen Gebäude sind in die Versicherung aufgenommen, so das Rathaus, Wagenschuppen, Amtsleiter, Stadttheater, Zeitungsdruck, Wehrklubrestaurant, Denkmal, die Schulen, das Reichshaus und die öffentlichen Bedürfnisanstalten. Im ganzen Reichslande die einen Wert von 20 339 904 Mark repräsentieren.

Bei vier Versicherungsgesellschaften sind die Baukosten der hiesigen Handwerker, die Gebäude und Mobilien der Sparkasse und der selbständigen in hiesiger Bevölkerung stehenden Stiftungen, der Zins der Renten und das Pfandlager des Reichsamt, insgesamt mit 9 094 069 Mark, versichert. Außerdem besteht noch eine Glasversicherung über 42 648 Mark.

Ständereise Kaufleute auf der Provinz Sachsen weist das sieben erscheinende amtliche Verzeichnis der Handelsbuchschule Berlin auf, und zwar der Zahl nach 27 aus den Orten: Dingelb. Erfurt, Badelungen. Große Auguste die Schulen, der Zins der Renten und das Pfandlager des Reichsamt, insgesamt mit 9 094 069 Mark, versichert. Außerdem besteht noch eine Glasversicherung über 42 648 Mark.

Operetten-Saison im Volks-Theater. Heute Mittwoch, findet die Eröffnung der von Wladimir Gagarow hat, welche Operette seit einer Reihe von Jahren in Halle nicht mehr zur Aufführung kam. Donnerstag, den 24. Juni, wird zum dritten Male der hübsche Krieg gegeben. Am Freitag, den 25. Juni, wird Gagarow zum ersten Male wiederholt. Als nächste Operette ist Johann II., Operette in drei Akten von Edmund Geiler auf das Repertoire gelegt. Dieses Stück ersieht in Wien am Carl-Theater, München, Dresden und auch in Weizsig am Neuen Stadt-Theater durchschlagenden Erfolg.

Versteigerung. Vor der Straßammer in Nordhausen hatten sich der Agent Schärer aus Köln und seine Gelfelbe Altmüller wegen Betrüglerinnen zu verantworten. Das Versteigerte u. a. auch in Halle Konzentration für den erkrankten Wirtin Egerd-Veranstaltung, ohne mit diesem irgendwie in Verbindung zu stehen. Die beiden, die wegen hiesiger Betrüglerinnen in Altona und Erfurt zu insgesamt 14 Jahren bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind, erhielten Zulassungen von 2 Monaten bzw. 3 Wochen Gefängnis.

Eine Explosion fand am Montag in den Bureauämtern des Justizrats Dr. Müller, Alte Promenade 21, statt. Sie soll dadurch entstanden sein, daß Reuchkas durch eine unglückliche Summierung in das Zimmer drang und sich beim Anstreichen eines Streichholzes entzündete. Die hinteren und vorderen wurden zerrüttet. Der Bureauvorsteher Berger erlitt Wundwunden im Gesicht und an den Händen.

Ammerdorf, 23. Juni. Sozialdemokratischer Verein. Unsere Mitglieder-Versammlung findet am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr im Burgschloßpark zu Burg statt. U. a. wird Genosse Reubner-Halle einen Vortrag halten. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Weschn, 24. Juni. Aus Braunschweig am Denunzianten geworden. Zu dem hiesigen Dackler Spangenberg, der nebenbei ein kleines Zigarrengeschäft betreibt, kam kürzlich, Sonntag, nach Schluß der Geschäftszeit ein Anwalt, ein Sigarra zu holen.

# Grosser Räumungs-Verkauf im Neubau.

Eingang jetzt von der Seite, Grosse Märkerstrasse.

<b>Lüster-Jackets</b>	<b>Herren-Anzüge</b>	<b>Wasch-Westen</b>	<b>Herren-Stoff-Hosen</b>
früherer Preis bis 4 Mk. jetzt 2 <sup>00</sup> Mk.	Serie I . . . jetzt 13 Mk.	Elegante Neuheiten	grosse Posten haltbare Qualität
früherer Preis bis 4 <sup>00</sup> „ „ 2 <sup>00</sup> „	„ . . . jetzt 18 „	Serie I . . . jetzt 2 Mk.	jetzt
früherer Preis bis 6 „ „ 4 „	„ . . . jetzt 21 „	Serie II . . . jetzt 2 <sup>50</sup> „	1 <sup>55</sup> Mk. 2 <sup>25</sup> Mk. 2 <sup>50</sup> Mk.
früherer Preis bis 7 <sup>00</sup> „ „ 4 <sup>00</sup> „	„ . . . jetzt 28 „	Serie III . . . jetzt 3 „	

Knaben-Wasch-Blusen jetzt 90 Pf.

Knab.-Manchester-Anzüge jetzt 4 M.

Bl. Chevot Knab.-Anzüge jetzt 2<sup>50</sup> M.

# S. Weiss, Halle a. S.

Eingang jetzt von der Seite, Grosse Märkerstrasse.



